

„Aus sozialer Sicht eine Katastrophe“

Die Nürnberger **LEIHHÄUSER** mussten Ende 2020 schließen- anders als beim ersten Lockdown. Dabei sind sie für viele Menschen die letzte Rettung.

VON CLAUDIA BEYER

Der 39-Jährige ist Stammkunde. Regelmäßig zum Monatsende, manchmal auch früher und öfter, sucht er das Kfz-Pfandleihhaus im Nürnberger Stadtteil Leyh auf und tauscht sein Handy gegen Bargeld ein. Manchmal sogar das Handy seiner Freundin, das der Kinder oder Modeschmuck. Dafür erhält der Nürnberger zwischen 30 und 50 Euro – innerhalb von 15 Minuten. Er wohnt in der Nachbarschaft und arbeitet im Niedriglohnsektor. Sobald das nächste Gehalt auf seinem Konto ist, löst er alle Gegenstände plus Zinsen und Gebühren wieder aus. Zumindest für wenige Wochen. Im Dezember war er mit seinem Handy noch am Tag vor der Ladenschließung im Zuge der Corona-Verschärfungen da. Aber das hat nicht gereicht. Gerade zum Jahresende, wo noch einmal viele Rechnungen eintrudeln, ist das Geld knapp. „Da bin ich halt Plasmaspender gegangen, damit wir Essen kaufen konnten.“

Schnelles Geld

Seit Ende Dezember suchen immer wieder Leute das geschlossene Kfz-Pfandleihhaus für Fahrzeuge und mehr an der Höfener Straße auf, berichtet Teilhaberin Pamela Pomerance. Sie spricht von einer fatalen Situation. Anrufe wie „Ich stehe bei euch vor der Tür, ich habe nichts mehr. Was soll ich machen?“ häufen sich. Die Verzweiflung der Betroffenen wächst.

„Wir befinden uns in der Nähe eines Obdachlosenwohnheims und einer Flüchtlingsunterkunft“, sagt Pomerance. „Man sucht uns auf, weil man dringend schnelles Geld braucht.“ Es gehe um Leute, „die grundsätzlich nicht auf der Sonnenseite des Lebens stehen“. Das, was derzeit geschehe, sei aus sozialer Sicht eine Katastrophe. Doch es geht nicht immer nur um die reine Existenz. Die Bandbreite ihrer Kundschaft ist groß.

Kurzarbeit, anstehende Reparaturen, offene Rechnungen, Corona-bedingte Ladenschließungen: Es gibt



Pamela Pomerance in der Lagerhalle des Leihhauses, das schließen musste. Kunden können nur ihre Pfandgegenstände abholen – mit Termin und außerhalb des Gebäudes.

viele Gründe, ins Leihhaus zu gehen. Dort bekommt man Bares ohne Schufa-Anfrage, ein Pfand und ein gültiger Ausweis genügen. Seit der Corona-Krise füllen Neuzugänge wie beliehenes Werkzeug von Handwerkern, Imbisswagen oder Profidisco-Anlagen von Schaustellern, Instrumente von Musikern oder Gebrauchtwagen von Autohändlern die große Lagerhalle.

Im Stadtgebiet gibt es sieben Pfandhäuser, das älteste ist das zentral gelegene Leihhaus Nürnberg am Unschlittplatz. Das Unternehmen hat sich auf Schmuck, Uhren und Münzen spezialisiert. Nach der Komplettschließung im Dezember sind inzwischen die Verlängerung und das Einlösen von Pfandgegenständen mit Terminvergabe vor der Ladentür

möglich, aber keine Beleihung und kein Ankauf. Auktionen dürfen nur online stattfinden.

Rund 30 bis 50 Kundenanrufe erreichen das Leihhaus täglich. Geschäftsführer Wolfgang Jeske kritisiert die Informationspolitik und die aktuellen Bestimmungen: „Einzig in Bayern ist die Beleihung von Pfändern untersagt, eine klare und unverständliche Wettbewerbsverzerrung.“

Auf der Negativliste

Sein Wunsch: „Ich hätte gerne Perspektiven, wie es ab Mitte Februar oder im März weitergeht, ob dann zumindest die Beleihung unter Auflagen wieder erlaubt ist.“ Das Geschäft stagniere, „es kommt ja nichts Neues rein“. Er hat 16 Mitarbeiter, „noch sind wir nicht in Kurzarbeit“.

Beim ersten Lockdown seien Pfandkreditbetriebe nicht von den Schließungen betroffen gewesen, sagt Pomerance. „Damals waren wir den Banken und Sparkassen gleichgestellt, um die Bargeldversorgung der Bevölkerung zu gewährleisten“, erklärt sie. Das sei auch sinnvoll, „da es viele Nürnberger gibt, die über kein Konto verfügen oder nicht kreditwürdig sind“. Doch beim zweiten Lockdown im Dezember mussten nun auch die Pfandleihhäuser zwangsweise schließen. „Andere Bundesländer haben nach Schilderung der Situation die Pfandleiher wieder aus dieser Negativliste herausgenommen“, so Pomerance.

Eine Sprecherin des Bayerischen Gesundheitsministeriums bringt auf Nachfrage wenig Licht ins Dunkel.

Zur Öffnung während des ersten Lockdowns sagt sie: „Eine Quelle für die Behauptung, dass Pfandleihhäuser im Frühjahr teilweise öffnen durften, liegt uns nicht vor. Eine derartige rechtliche Einschätzung habe das Staatsministerium für Gesundheit und Pflege als Verordnungsgeberin jedenfalls im Frühjahr 2020 nicht mitgeteilt.“ Zu den jetzigen Bestimmungen heißt es, „dass in Bayern nur Geschäfte öffnen dürfen, die unverzichtbar für den täglichen Bedarf sind. Hierzu zählen die Pfandleihhäuser nicht.“

Robert Pollack vom Nürnberger Ordnungsamt stellt klar: „Im Frühjahr waren Pfandleiher weder in der Öffnungs- noch in der Schließungsliste aufgeführt, jetzt stehen sie aber auf der Schließungsliste.“

Start verzögert sich

Die Zweigstelle des **DEUTSCHEN MUSEUMS** wird wegen Corona später öffnen. Im Landtag geht der Kosten-Zoff weiter.

VON ROLAND ENGLISCH

Mitten in der politischen Auseinandersetzung um die Nürnberger Zweigstelle des Deutschen Museums kommt die nächste schlechte Nachricht: Die Eröffnung des Baus im Augustinerhof verzögert sich weiter. Die Verantwortlichen rechnen nun frühestens im dritten Quartal damit, dass sie die ersten Besucher empfangen können.

Ein Großteil der Ausstellungsbauten kommt aus dem Ausland. Die Teams der Firmen aber kämpfen mit den strengen Corona-Auflagen. Die könnten auch den Betrieb später weiter erschweren, etwa über eine beschränkte Besucherzahl. Das Museum arbeitet deshalb bereits an virtuellen Konzepten, die das Museum wenigstens online zugänglich machen sollen.

Im Landtag verschärft sich derweil der Streit vor allem um den Mietvertrag für das Gebäude, in dem das Museum untergekommen ist. Wissenschaftsminister Bernd Sibler (CSU) nennt das Museum „ein Leuchtturmprojekt innovativer Wissenschaftskommunikation und der Technikvermittlung“. Er habe zwar Ver-

ständnis für die Rolle der Opposition. Aber: „Wer sich weiter an haltlosen Kampagnen beteiligt, muss sich fragen lassen, ob er weiß, was er tut.“ Die Kritiker brächten das Projekt nur „in Misskredit“ und diskreditierten damit die Marke Deutsches Museum.

Er habe sich nochmals bei der staatlichen Immobilienagentur Imby erkundigt, sagt Sibler, die den Mietvertrag begutachtet hatte. „Ich habe die klare Aussage erhalten, dass sie ihre Stellungnahme zur Angemessenheit der Höhe des Mietzinses genauso wieder abfassen würde.“ Damit trage auch weiter, was die Imby bereits 2017 erklärt hatte.

Abgeordnete der Opposition bezweifeln allerdings die Kompetenz der Imby in dieser Frage. Sie sei kein externer Gutachter, sagt etwa der FDP-Abgeordnete Sebastian Körber aus Forchheim. Körber ist Architekt. Üblich seien in einem solchen Fall Gutachten mit bis zu 150 Seiten. Das Papier der Imby umfasste nur acht Seiten. Das hält auch Verena Osgyan von den Grünen für nicht ausreichend. „So ein Gutachten ist nicht in der Tiefe begründet“, sagt sie. Osgyan hält den Auftritt des Ministers im Wissenschaftsausschuss des



Ein Bau, der innen und außen die Zukunft darstellen soll, dessen Finanzierung in der Gegenwart aber heftig umstritten ist. Die ersten Exponate des Deutschen Museums sind zwar längst da, Eröffnung ist aber frühestens im Juli, wohl eher später.

Landtags für wenig geglückt. Sibler habe in der Sache nichts Neues beigetragen und die offenen Fragen unbeantwortet gelassen. Noch immer sei nicht klar, wie genau die Verhandlungen rund um das Areal im Augustinerhof abgelaufen sind und wer daran beteiligt war. „Gäbe es einen Willen zur Transparenz, ließe sich vieles schnell aufklären“, sagt die grüne Landtagsabgeordnete, die versichert, sie habe gegen das Projekt an sich kei-

ne Einwände. Ebenso wenig gegen den Standort im Augustinerhof.

Klar sei, dass „wir hier immer noch in einer trüben Suppe herumswimmen“. Osgyan spricht von „billigen Ablenkungsmanövern“ der Regierung, die mit Gegenangriffen vom Thema ablenke. Sie begrüßt deshalb ausdrücklich, dass der Bayerische Oberste Rechnungshof ORH die Vorgänge rund um die Zweigstelle durchleuchtet. Sinnvoll sei auch,

dass der ORH ebenfalls den Ankauf des Geländes an der Brunecker Straße für die TU Nürnberg untersucht.

Wie berichtet, mietet das Deutsche Museum den Bau am Augustinerhof vom Nürnberger Immobilienentwickler Gerd Schmelzer. Der Vertrag läuft auf 25 Jahre; allein für die Miete fließen im Jahr 2,8 Millionen Euro. Kritiker beschreiben den Zins als weit über der ortsüblichen Miete. Schmelzer bestreitet das.